

## **NEIN zur Juso- Initiative und JA zur Einheitskasse**

Die Grundidee der JUSO- Initiative „für die Offenlegung der Politikfinanzierung“ könnte ich durchaus unterstützen. Es geht hier jedoch nicht um eine Grundsatzfrage, sondern um eine ausformulierte Initiative welche in ihrem Detaillierungsgrad viel zu weit geht. Es kann nicht angehen, dass für ALLE öffentlichen Ämter auf kantonaler Ebene und alle Einwohnerrats- und Gemeinderatswahlen alle Kandidierenden ihr gesamtes Einkommen und Vermögen offenlegen müssen. Abgesehen von der mangelnden Verhältnismässigkeit, müsste hier ein bürokratischer Aufwand betrieben werden, der sich nicht nur nicht lohnt, sondern auch gar nicht umsetzbar ist, da sich zu viele legale Schlupflöcher bieten. Spenden bei Wahlen laufen zudem oft nicht über ein Parteikonto sondern werden über Komitees und/oder Privatpersonen abgewickelt. Eine entsprechende Handhabung betreffend Offenlegung der Mandate und Interessenverbindungen der Kandidierenden wäre jedoch erwünscht. Doch in dieser absoluten Form schiesst die Initiative weit über das Ziel hinaus und findet daher meine Ablehnung.

Ich sage hingegen Ja zur Einheitskasse. Als Vorbild dienen mir die gut funktionierende AHV und Suva. Das Wohl von uns Allen muss wieder im Mittelpunkt stehen und nicht der private Profit der Kassen. Über 60 private Krankenkassen mit teuren Verwaltungsräten und Marketingabteilungen veranstalten nicht etwa einen offenen Wettbewerb sondern buhlen gezielt um „gute Risiken“. Auf der Strecke bleiben die „teuren“ Versicherten, chronisch kranke und ältere Menschen. Eine einheitliche Administration vermindert zudem auch den administrativen Aufwand der Ärzte, wodurch diese mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit am Patienten gewinnen. Ich bin überzeugt, dass auch Dank der wegfallenden Marketing- und Wechselkosten das Prämienwachstum gebremst werden kann. Zusätzlich können durch koordinierte Versorgungsprogramme und mehr Prävention (*Analog der Suva*) mittel- und langfristig enorme Millionenbeträge pro Jahr eingespart werden. Da auch die freie Arztwahl möglich bleibt, sehe ich keinen Grund weshalb dieser Einheitskasse nicht zugestimmt werden kann.

*Roland Agustoni, Grossrat, Rheinfelden*